

„Erinnerungskulturen in Ost- und Mitteleuropa“

Freitag, 18. April 2008

Eine Tagung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
und der
Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde
in der Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund in Berlin,
Mohrenstraße 64

Die EU-Osterweiterung bzw. das fortlaufende Bemühen um eine europäische Zukunft stellten den Ausgangspunkt dieser Tagung dar. Krieg und Diktatur im 20. Jahrhundert prägten nationale Identität(en) und Bewusstsein aufs Tiefste und werfen somit heute die Frage auf, ob gespaltene Erinnerungskulturen in Ost- und Mitteleuropa in Folge von Kommunismus und Nationalsozialismus einen gemeinsamen Konsens finden können.

Drei Panels strukturierten die Auseinandersetzung mit Opfer-Täter-Verhältnissen in den unterschiedlichen Gesellschaften und fragten nach den Möglichkeiten und Grenzen des Erinnerns bzw. der kollektiven Erinnerung. Dabei standen sowohl (kultur-)historische wie auch projekt- und praxisorientierte Themenblöcke im Vordergrund.

In einem ersten Grußwort betonte die Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Dr. Anna Kaminsky die Schwierigkeit, national unterschiedlich erfahrene Erinnerungskonflikte einzuordnen und umriss die kontroverse Debatte um eine gemeinsame Erinnerung. Voraussetzung für eine solche Erinnerungskultur sei der Umgang mit dem Geschehenen, was jedoch beispielsweise in postsozialistischen Ländern mit einer Vergangenheit der Mehrfachbesetzung sehr komplex sei.

Im Anschluss unterstrich Dr. Heike Dörrenbächer, Geschäftsführerin der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, die Notwendigkeit, Erinnern als moralische Pflicht und als politischen Akt zu verstehen. „Wer eine europäische Zukunft will, muss eine europäische Erfahrung fördern“. Dabei dürfe es nicht um die Reproduktion von nationalen Stereotypen gehen, sondern um das Bemühen einer gegenseitigen Verständigung.

In einem dritten Grußwort begründete Prof. Dr. Jörg Baberowski (Historiker, Humboldt-Universität zu Berlin) das Problem des Erinnerns in einem Definitionsmangel. Die Arbeit der HistorikerInnen sei eine auf Begriffe gebrachte Erfahrung, die von individuellem Erinnern zu unterscheiden sei. Somit machte er auf das problematische Spannungsfeld von gestifteter Erinnerung und persönlichem Erleben aufmerksam, bzw. auf die Gefahr, wenn sich erstere von letzterem ablöse. Baberowski betonte damit die Erfordernis einer anerkannten vielschichtigen Erinnerung sowie die Wichtigkeit, dass sich jedes Land unterschiedlich erinnern dürfe und müsse.

Das erste Panel unter der Moderation von Dr. Volker Weichsel (Zeitschrift Osteuropa) wurde von Prof. Dr. Peter Steinbach (Universität Mannheim, Freie Universität Berlin) eröffnet. Auch Steinbach wies auf den bedeutenden Übergang von *erinnern* zu Erinnerung hin. An Beispielen der deutschen Nachkriegsgeschichte verdeutlichte er die Tatsache, dass postdiktatorische Gesellschaften erst über das Erinnern einzelner Akteure bzw. Akteurinnen zu einer kollektiven Erinnerung oder Trauer gelangen könnten. Demnach sei Geschichte und der Umgang mit ihr immer als Ergebnis eines politischen Prozesses zu verstehen. Der deutsche Weg sei kein spezifischer Weg – aber in der Auseinandersetzung mit der Diktatur

würden demokratische Wertestrukturen gestärkt. Im Osten hingegen werde die Auseinandersetzung noch mit virulenten Kräften verhindert. Demnach sei europäische Geschichte vor allem Diktatur- nicht Demokratiegeschichte. Erinnerungskultur brauche, so Steinbach, die Mitwirkung derjenigen, die sie verwirklichen wollen. So endete er mit den deutlichen Worten Polybios, nach denen eine (gute) Gesellschaft in dem Moment verloren sei, in dem sie das Bewusstsein verlöre aus einer schlechten entstanden zu sein.

In einem zweiten Beitrag konzentrierte sich Dr. Boris Dubin (Levada-Zentrum Moskau) auf Erinnerungsmythen und die verdrängten Opfer in Russland bzw. auf die Funktionsweise von Mechanismen des Vergessens. Er verdeutlichte die Stellung des 2. Weltkrieges als „großen Vaterländischen Krieg“ und machte in diesem Zusammenhang auf mythische Verstellungen der Vergangenheit aufmerksam („Siegemythos“ der Sowjetunion, Mythos von der Kultfigur des Kriegsveterans). Auch wenn vereinzelt Erinnerungsansätze vor allem in Film und Literatur ihren Niederschlag gefunden hätten, so sei doch durch die Widerverstaatlichung von Erinnerung und der Aufhebung des stalinistischen Personenkults seit den 1990er Jahren ein umfassenderes Verdrängen/Vergessen zu vernehmen. Im Zusammenhang mit einem nationalen Bewusstsein verwies Dubin darauf, dass Russland keine Okkupation erlebt habe und die Ursachen für die Vergangenheit im Land selbst suchen müsse. Aber nur wer nach Opfern frage, könne Täter erkennen. Russland versperre sich davor und mache somit persönliches Erinnern und noch mehr, eine kollektive Erinnerung, unmöglich.

Anschließend daran skizzierte Prof. Dr. Valters Nollendorfs (Stellvertretender Direktor des Okkupationsmuseums Lettlands, Riga) in seinem Vortrag „Opfer ohne Täter: Die doppelte Besetzung und das Geschichtsbild des unabhängigen Lettlands“ das uneinheitliche Geschichtsbild Lettlands in Folge der Mehrfachokkupation sowie der sowjetischen Besetzung bis 1990, das eine unabhängige Geschichtsschreibung unmöglich machte. Dabei wurde deutlich, dass heute eine Opfergesinnung sehr zergliedert, daher kaum zu fassen sei und sich ein mühsames individuelles Erinnern zwischen Anpassung und Widerstand bewege. An Hand einer sehr fragmentarischen lettischen Erinnerungskultur (Denkmäler, Gedenkstätten), die ohne staatliche Finanzierung auskommen müsse, betonte Nollendorfs die Potentiale des seit 1992 bestehenden Okkupationsmuseums, das sich um ein gerechtes Geschichtsbild bemühe.

Die folgende Diskussion hatte vor allem das Problem des Vergleichens von Vergangenheit, daraus entstehende Maßstäbe und Auseinandersetzungsmöglichkeiten zum Gegenstand.

Dabei unterstrich Steinbach die Rolle der Mediensysteme als potentiell Organ geschichtspolitischer Kontroverse.

In Hinblick auf Europa, so Steinbach, sei Deutschlands Preis um Partizipation die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit gewesen. Ein Vergleich mit anderen Ländern sei jedoch immer wichtig, da Vergangenheitsbewältigung heiße, sich Geschichte mit den Augen anderer anzuschauen.

Im zweiten Panel – moderiert von der freien Publizistin Doris Liebermann – ging beginnend Dr. Jan Pauer (Forschungsstelle Osteuropa Universität Bremen) auf den Umgang mit der kommunistischen Diktatur in der Tschechischen Republik ein. Das Phänomen des Reformkommunismus habe ein widersprüchliches Erbe hinterlassen, das sich in unterschiedlichen Strömungen niederschlage (Totaler Antikommunismus, System-Antikommunismus nach Václav Klaus und reflektierter bzw. differenzierter Umgang mit dem Kommunismus). Der Fokus der Tschechischen Republik läge seit 1990 nun auf der Kriminalitätsgeschichte des Kommunismus, was Pauer an den ausgebauten Einsichten in Akten der KP und StB sowie den „Kommunisten-Gesetzen“ von 1993, die Strafverfolgung für Verbrechen im Kommunismus möglich machten, verdeutlichte.

Irina Scherbakowa von der Organisation Memorial in Moskau berichtete daraufhin von der schwierigen Aufarbeitungsarbeit bezüglich der Gulags in Russland, indem sie auf die Sprach-

und Bildlosigkeit von Folgegenerationen einging. Eine unreflektierte Vergangenheit bzw. Erinnerung der ZeitgenossInnen sei an die Kinder weiter gegeben worden. Nach Scherbakowa sei der Gulag als „Leerstelle“ zu verstehen, die einen fließenden Übergang zwischen Freiheit und Unfreiheit darstelle und damit Betroffenen jede Möglichkeit der Definition, also auch der Aufarbeitung nehme.

Das letzte Panel der Tagung widmete sich Umsetzungsmöglichkeiten von Erinnerungskulturen und Gedenkstättenkonzepten. Prof. Dr. Rainer Eckert stellte dafür die Intention seiner Arbeit als Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig vor. Europa als geistige Einheit denken zu können, müsse gemeinsames Ziel sein. Der Kampf gegen Fremdherrschaft solle dazu als Gedankenkonsens dienen.

Die zwiespaltene Geschichtsauffassung von Ländern in Mitteleuropa und deren Konzentration auf die Erinnerung an stalinistische Verbrechen und der westeuropäischen Erinnerung an den zweiten Weltkrieg und Holocaust verlangten nach einer transnationalen Synchronisierung, in der Ost und West aufeinander zu gingen.

Lena Zhemkova (Memorial Moskau) stellte daraufhin die Bedeutsamkeit der Arbeit aber auch die Grenzen ihrer Organisation zur historischen Aufarbeitung diktatorischer Herrschaft heraus und machte deutlich, dass Russland – im Gegensatz zu Eckerts Beispiel der Niederlande – keine Gedächtnispolitik besäße. Memorial übernehme Bürgerverantwortung als Teil einer historisch gewachsenen Gemeinschaft und nehme durch die Förderung einer öffentlichen Diskussion um Erinnerung keine Opferperspektive ein, sondern stelle Akteure und Akteurinnen, die eine transnationale Verständigung initiierten.

Ein weiteres Gedenkstättenkonzept wurde von Anna Pastuchova vertreten, die ebenfalls für die Organisation Memorial Aufarbeitung in Form von Bildungsarbeit in Jekaterinburg leistet. Gegen das staatlich reglementierte Vergangenheitsbild Russlands liege ihr Schwerpunkt darin, ein individuelles Gedächtnis herzustellen, auf dem ein kollektives aufbauen könne. Zusammen mit Schulen ginge es ihr darum, Begegnungsorte zu schaffen, an denen Geschichte erfahren werden könne, um eine Brücke zu schlagen zwischen Vergangenheit und Zukunft.

Ein drittes Beispiel stellte Oles Obertas vom Samisdat-Museum in Kiew vor. Seit 15 Jahren ginge es in dem Museum weniger um Opfergeschichte als viel mehr um die Darstellung von Opposition und Widerstand. Die Auseinandersetzung mit und Aufarbeitung von Samisdat hätte demnach einen immensen Anteil an der Herstellung eines in der Ukraine sehr präsenten Dissidententums.

Die Diskussion unter der Leitung von Olga Radetskaja (Zeitschrift Osteuropa) fragte weiter nach Kommunikationsinstrumenten eines fortschreitenden Aufarbeitungsdiskurses. In diesem Zusammenhang kamen weitere Memorialprojekte (Perm 36) ebenso zur Sprache wie die bereits in Planung stehende Verwirklichung eines Museums zur europäischen Geschichte in Brüssel oder der Einsatz europäischer Schulbücher.

Unter dem Titel „Erinnerungskulturen in der erweiterten EU – Herausforderungen und Chancen“ diskutierten abschließend Prof. Dr. Robert Traba (Zentrum für Historische Forschung der Polnischen Wissenschaften), Dr. Joachim Gauck, Milan Horáček (MdEP) und Markus Meckel (Ratsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und MdB) zusammen mit der Moderatorin Heike Dörrenbächer.

Einen Schwerpunkt bildete hier die Frage nach der Rezeption des Kommunismus im Westen bzw. der des Holocausts im Osten als Bezugspunkt der Aufarbeitung. Meckel verdeutlichte in diesem Zusammenhang das Ausbleiben der Bewertung durch die Totalitaristen selbst. Es fehle eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, während ein gemeinsamer Konsens bezüglich der des Nationalsozialismus bestünde. Damit griff er die einleitenden Gedanken von Dr. Kaminsky auf, nach denen genau diese Lücke eine europäische Herausforderung für eine gemeinsame Geschichte sei.

Abermals wurde auch die Notwendigkeit einer gemeinsamen Erinnerung vor dem Hintergrund gespaltener Erfahrungen erwägt bzw. Formen der Verwirklichung abgewogen.

Generell hieß es, das Gespräch einer gemeinsamen Geschichte unter dem Aspekt diskursiver Perspektiven ständig aktiv zu beleben und neu herzustellen. Europa brauche eine Erinnerungskultur und müsse Unterschiede anerkennen und verstehen, um in eine gemeinsame Zukunft aufzubrechen.

So wurden hier die Schlüsselmomente der äußerst fruchtbaren Tagung zusammen gebracht: Opferzentrierung, Opposition und Widerstand als Ausgangspunkte der Aufarbeitung, Defizite sehen und benennen sowie das Schaffen eines (entpolitisierten) Diskussionsraumes für die Entstehung einer übergreifenden europäischen Erinnerungskultur.

Franziska Gätcke, Berlin